

Den Atomausstiegsplänen nicht allzu sehr vertrauen

PARTEIEN Die Jahreshauptversammlung des ÖDP-Kreisverbandes fand in Burglengenfeld statt.

BURGLENGENFELD. „Wir wollen bewusst im Städtedreieck Präsenz zeigen.“ Aber zur Jahreshauptversammlung des ÖDP-Kreisverbandes im Gasthof Sauerer war nicht mehr als ein Dutzend Mitglieder dem Ruf des Kreisvorsitzenden Alfred Damm gefolgt, obwohl der neue Landesvorsitzende Klaus Mrasek aus Amberg gekommen war.

Mrasek startete mit dem Thema „Energiepolitik und Atomausstieg“. Er blickte zurück auf das Unglück von Tschernobyl. Damals habe es geheißt, das könne in der westlichen Welt nicht passieren. Nach der Katastrophe im „Hightech-Land Japan“ ist „die Mär von der sicheren Atompolitik war widerlegt“. Eine Technik, die keine Fehler verzeihe, sei nicht menschengerecht, weil der Mensch Fehler mache. Mrasek warnte davor, den Atomausstiegsplänen von schwarz-gelb allzu sehr zu vertrauen.

Mrasek erläuterte den Beschluss des Landesparteitags, gegebenenfalls ein Volksbegehren zur Auflösung des Landtages zu initiieren. Falls die Landesregierung das Atomkraftwerk Isar I nach dem Moratorium wieder ans Netz gehen lasse, müsse die Bevölkerung vom „Notwehrrecht“ Gebrauch machen. Klar sei aber auch, dass für den Verzicht auf Atomstrom Ersatz gebraucht werde. Hier plädierte der Landesvorsitzende vor allem für dezentrale Windkraftanlagen an Land. Die Kilowattstunde sei hier mit neun Cent deutlich billiger als bei Offshore-Anlagen, wo sie 15 Cent koste. Außerdem würden riesige zentrale Anlagen nur den großen Energiekonzernen nutzen, da nur diese das dafür notwendige Kapital hätten.

Mraseks zweites Thema war die Finanzkrise und die Verschuldung der öffentlichen Hand. Er prangerte an, dass die gleichen Parteien, CSU oder FDP, die auf kommunaler Ebene darüber jammerten, dass die Einnahmeseite bei den Gemeinden zu schwach sei, auf Landes- und Bundesebene Steuer-senkungen wollten. Auch von den An-



Die geehrten Mitglieder mit dem neuen Landesvorsitzenden Klaus Mrasek (links) und dem Kreisvorsitzenden Alfred Damm (rechts) Foto: bmw

WINDRÄDER UND BIONNE

► Die Kreisversammlung stimmte folgenden Anträgen zu:

► „Die gegenwärtigen gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Nutzung von Windenergie in Landschaftsschutzgebieten {...} müssen auf den Prüfstand.“ Außerdem solle der Landkreis eine aktivere Politik im Hinblick auf die Errichtung von Windrädern betreiben unter Entwicklung eines Positiv-Standortplans.

► **Hintergrund:** Die ÖDP will zwar nicht naturschutzrechtlich sinnvolle Auflagen aufweichen, aber erreichen, dass geprüft wird, ob alle Hinderungsgründe ge-

gen die Aufstellung von Windkraftanlagen wirklich sinnvoll sind.

► **Antrag Nummer zwei** fordert die Einführung einer Biotonne auf freiwilliger Basis im Landkreis. Die Kosten sollen auf die Müllgebühren umgelegt werden. Wer selbst kompostiert soll weiter den Kompostierbonus erhalten. Es entspannt sich eine längere Diskussion darüber, ob die von Martin Brock in diesem Zusammenhang geforderte stichprobenartige Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Kompostierbonus sinnvoll ist, da das nicht unerheblichen Aufwand verursachen würde. (bmw)

kündigungen nach der Bankenkrise das Finanzsystem zu reformieren sei nichts geblieben. Dabei sei der Hang zur Gier Teil der Menschheitsgeschichte. Nur hätten die Neoliberalen für eine Situation gesorgt, die einem Fußballspiel ohne Regeln und Schiedsrichter gleiche und nun brauche es Sanitäter und Notärzte, den Staat.

Mrasek plädierte weiter für eine Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems, allerdings mit einem zweiten Lehrer je Klasse für die Grundschule und einer Umwidmung des „Solis“, derzeit zwölf Milliarden Euro im Jahr, zur zusätzlichen Finanzierung des Bildungssystems.

Damm sagte, aktuell beschäftige den Kreisverband – trotz des gewonnen Bürgerentscheids – die geplante Erhöhung der Verbrennungsmenge im Müllkraftwerk Schwandorf. Der Standpunkt der ÖDP sei klar: „Keine Erhöhung der Müllmenge gegen den Bürgerwillen.“ Selbstbewusst stellte Damm fest, dass die ÖDP mit sieben Stadt- und Kreisräten sowie einem Bürgermeister nach den großen politischen Parteien, weit vor der FDP, „die wichtigste politische Organisation im Landkreis“ sei.

Damm ehrte Evi Dams und Arnold Kimmerrl für je 25 Jahre Parteizugehörigkeit. (bmw)